

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

### Fragestunde

Für die Fragestunde in der Stadtbürgerschaft liegen neun frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfrage Nummer 8 wurde inzwischen vom Fragsteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Krankenschein bei Polizei und Feuerwehr - wie lange noch?**“ Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Fecker, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Fecker!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Stadium befinden sich die Planungen für die Einführung einer Krankenversicherungskarte für die Beamtinnen und Beamten von Polizei und Feuerwehr?

Zweitens: Welchen Umsetzungszeitraum strebt der Senat an?

Drittens: Welche Kosten entstehen hierfür?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Derzeit erfolgen Vorbereitungen und Abstimmungen zur Herstellung der Kartenrohlinge, der Personalisierung und Integrationsprüfungen der Krankenversicherungskarten für Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen und Beamte und Beamtinnen der Berufsfeuerwehren mit der beauftragten Firma.

Zu Frage 2: Die Ausgabe der Krankenversicherungskarten wird im 1. Halbjahr 2015 erwartet.

Zu Frage 3: Die Kosten der Einführung werden sich auf bis zu 25 000 Euro belaufen. Die jährli-

chen Kosten der Nachversorgung betragen 2 000 Euro. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin, das ist ja eine sehr erfreuliche Entwicklung. Gibt es noch irgendwelche Risiken?

**Bürgermeisterin Linnert:** Nein, das ist mir nicht bekannt! Ich hoffe, dass alles funktionieren wird, und ich freue mich darauf.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Die Zukunft des Tanklagers Bremen-Farge**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten, Frau Dr. Schaefer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Kenntnisse hat der Senat über die Zukunft des im Eigentum des Bundesamts für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr befindlichen Tanklagers Bremen-Farge?

Zweitens: Welche Aufgaben übernimmt die Gewerbeaufsicht Bremen im Zusammenhang mit der geplanten Stilllegung des Tanklagers?

Drittens: Welche Vorstellungen hat der Senat bezüglich der Zukunft des Tanklagers, insbesondere vor dem Hintergrund der bestehenden Grundwasserkontaminationen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Kenntnisse des Senats über die Zukunft des Tanklagers beruhen auf Erklärungen des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen, das auf Anfrage am 5. Januar 2015 Folgendes ausführte:

„Mit den Erlassen vom 26. September 2013 und 27. Februar 2014 hatte das Bundesministerium der Verteidigung entschieden, dass das Tanklager

in Bremen-Farge nicht mehr für Verteidigungszwecke benötigt wird und deshalb außer Betrieb zu nehmen ist. Eine Abgabe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zwecks Verwertung sollte unverzüglich durchgeführt werden.“

Die Bundeswehr ist heute nach wie vor Eigentümerin des Tanklagers. Eine Abgabe an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ist nicht erfolgt. Nach derzeitigem Stand soll die in Rede stehende Liegenschaft nicht mehr verkauft werden und die Stilllegung/der Rückbau des Tanklagers soll durch die Bundeswehr und haushalterisch zulasten der Bundeswehr vorgenommen werden.

Es werden Gutachten aufgestellt, die die Möglichkeiten und Varianten des Rückbaus technisch und hinsichtlich der Kosten untersuchen. Zurzeit wird im Auftrag des Bundesamtes für Infrastruktur, Umwelt und Dienstleistungen der Bundeswehr von der Bauverwaltung ein Sicherungs- und Rückbaukonzept aufgestellt, das aufzeigen soll, welche Rückbaumaßnahmen im Einzelnen erforderlich werden. Parallel dazu und schon seit längerem wird die Beseitigung von Grundwasserunreinigungen durchgeführt. Erste vorbereitende Maßnahmen zur Stilllegung wurden bereits eingeleitet.

Zu Frage 2: Die Gewerbeaufsicht wird das Sicherungs- und Rückbaukonzept nach Vorlage prüfen und festlegen sowie die Stilllegung/den Rückbau der Anlage nach den Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes überwachen.

Zu Frage 3: Da die in Rede stehende Liegenschaft nach wie vor im Eigentum der Bundeswehr ist und nach aktueller Entscheidungslage nicht verkauft werden soll, beziehen sich die Vorstellungen des Senats bezüglich der Zukunft des Tanklagers derzeit auf den gesetzeskonformen Rückbau der technischen und baulichen Anlagen des Tanklagers und auf die zügige Beseitigung der Grundwasserunreinigungen sowie aller sonstigen Altlasten. - Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Dr. Schaefer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin, Sie haben gerade gesagt, es werden Rückbauvarianten geprüft. Können Sie die Varianten beschreiben?

**Bürgermeisterin Linnert:** Es werden, soweit ich informiert bin, drei verschiedene Rückbauvarianten geprüft. Einmal die Variante, dass man im Prinzip alles so lässt, wie es ist und das Gelände abgesperrt wird. Das würde auf Dauer einen sehr

hohen Bewachungsaufwand nach sich ziehen und dieses Gelände dauerhaft der Öffentlichkeit entziehen. Für die Anwohnerinnen und Anwohner, glaube ich, würde diese Variante auch einen unbefriedigenden Zustand erzeugen. Außerdem stellt sich die Frage, ob diese Variante wirtschaftlich auf Dauer vertretbar ist.

Die zweite Variante ist ein Teilrückbau. Die Anlagen werden unbrauchbar gemacht, Leitungen, die man leicht erreichen kann, werden entfernt. Der große Bunker bleibt erhalten, weil seine Entfernung weder wirtschaftlich noch ökologisch vertretbar wäre.

Die dritte Variante ist, dass der Bunker vollständig entfernt wird, dass alle Leitungen, die zum Teil sehr tief liegen, herausgezogen werden, und zwar mit den entsprechenden Kosten und ökologischen Folgen. Im Augenblick erfolgt eine Bewertung der jeweiligen Vor- und Nachteile.

**Präsident Weber:** Frau Kollegen, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Bis zu welchem Zeitpunkt ist mit einem Ergebnis der Prüfungen zu rechnen, und wird uns das Prüfergebnis dann auch in irgendeiner Deputation vorgelegt?

**Bürgermeisterin Linnert:** Es ist ja, das wissen Sie ja auch, für uns nicht immer so ganz einfach. In meinem Hause ist die Bundesauftragsverwaltung tätig, die die Erhebungen und Berechnungen für die Bundeswehr durchführt, aber darüber auch im Interesse des Auftraggebers Stillschweigen bewahren muss. Wir haben zur Beantwortung Ihrer Anfrage noch einmal Kontakt mit dem Eigentümer aufgenommen, um auch dafür zu werben, dass möglichst viel in gemeinsamer Verantwortung öffentlich passieren kann, ohne dass wir die geltenden Spielregeln gefährden. Man hat dort viel Verständnis für das berechnete Interesse der Öffentlichkeit, zeitnah informiert zu werden. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und auch mein Haus drängen immer darauf, dass es möglichst wenig unter die Geheimhaltung fällt, damit keine unnötigen Ängste entstehen.

Wir sind nicht Herr des Verfahrens. Der Senat hat aber eine ganze eindeutige Meinung. Wir wollen, dass viel Offenheit und Transparenz herrscht, und in diese Richtung agieren wir auch. Aus den Gesprächen hatten wir den Eindruck, dass unser Anliegen geteilt wird, dass man mit den Befürchtungen sehr weich und verständnisvoll umgehen muss, dass sehr viel Aufklärung nötig ist und dass möglichst viel Transparenz hergestellt werden

sollte. Das wird auch kommen, da bin ich mir sicher.

Die erste Frage war wann: mit Sicherheit im Laufe dieses Jahres!

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte Frau Dr. Schaefer!

Abg. Frau **Dr. Schaefer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, das ganze Areal beziehungsweise das Tanklager bleibe im Besitz der Bundeswehr. Gleichwohl machen sich die Leute ja vor Ort Gedanken, auch wenn es zum Glück nicht mehr als Tanklager weiter genutzt wird, was man mit der Fläche machen kann. Würden sich solche Flächen zum Beispiel auch für Naherholung oder für eine Aufwertung dieses Stadtteils, für Forstwirtschaft oder als irgendetwas Nachhaltiges, Ökologisches anbieten?

**Bürgermeisterin Linnert:** Das wäre der Traum, wenn man es schafft, das stärker zu öffnen, das ist doch klar. Ich sage aber, erst einmal liegt das Gelände nicht allein auf dem Hoheitsgebiet der Freien Hansestadt Bremen, sondern gehört auch zu einem kleineren Teil zu Niedersachsen, man müsste sich da einigen. Man muss auch wissen, dass mit zu den Problemen des Geländes noch ein sehr hoher Bombenbestand gehört. Das ist auch eines der Probleme, das bei der Variantenprüfung auftauchen wird. Wenn man dort anfangen würde, alles herauszuholen, hätte man wahrscheinlich sehr große Probleme mit einem alten Bombenbestand. Deshalb ist die Frage, welche Nutzung es geben kann, auch daran gekoppelt, mit welchem vertretbaren Aufwand man welche Bereiche so sicher von Bomben befreien kann, wie ein Staat das handhaben muss.

Wenn man mal ein bisschen träumen darf, würde ich sagen, es wäre unsagbar schön, wenn das ein Naherholungsgebiet wäre, das von der Bundeswehr weiter gepflegt wird. In so eine Richtung wird der Senat bestimmt agieren, aber das liegt alles noch in weiter Ferne, und wir werden damit noch viele Jahre zu tun haben.

**Präsident Weber:** Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Gottschalk! - Bitte sehr!

Abg. **Gottschalk** (SPD): Meine Frage schließt sich direkt daran an. Sie haben gesagt, da gibt es schon einen intensiver Austausch. Ist denn schon einmal versucht worden, gerade in Bezug auf diese Zukunftsfragen, schon einmal in einem frühen Stadium gemeinsam zu besprechen, wo es hingehen soll oder läuft das bislang nur auf den Rückbau hinaus?

**Bürgermeisterin Linnert:** Dem Bund gehört das, er ist verantwortlich, und ich glaube nicht, dass der Senat gut beraten wäre, jetzt zu sagen, dass er sehr genaue Vorstellungen davon hat, wie es gehen soll. Wir lassen uns berichten - darauf haben wir auch einen Anspruch -, bestimmte Dinge unterliegen der Geheimhaltung, aber ich möchte - Es ist nicht im Interesse Bremens, einen Prozess zu bekommen, bei dem die Bundeswehr dann sagen kann, ach wie schön, Bremen macht es jetzt schon, sondern es muss ganz klar sein, dass die Verantwortung für die Altlasten und erste Vorstellungen für eine Nachnutzung Sache der Bundeswehr sind. Dann wird der Senat ganz bestimmt im Interesse der Bremerinnen und Bremer agieren. Wenn man aber, ohne überhaupt auch nur den Hauch eines Einflusses und Besitze zu haben, vorangeht, dann bietet es sich geradezu an, ausgeplündert zu werden, und das wollen wir hier ja bestimmt gemeinsam nicht.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Gottschalk, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Gottschalk [SPD]: Nein, das beruhigt mich! Danke!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Gesundheitliche Versorgung von Prostituierten**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Piontkowski, Frau Häsler, Frau Neumeyer, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Piontkowski!

Abg. Frau **Piontkowski** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche personellen Einsparungen wurden seit 2011 beim Gesundheitsamt Bremen bei der gesundheitlichen Versorgung von Prostituierten vorgenommen?

Zu welchen Einschränkungen des Leistungsspektrums ist es dadurch gekommen?

Durch welche Maßnahmen plant der Senat die Gesundheitsversorgung, schnellstmöglich wieder zu verbessern?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Schulte-Sasse.

**Senator Dr. Schulte-Sasse:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt: